

# Sparkling Science > Wissenschaft ruft Schule Schule ruft Wissenschaft

## Forschungsprojekt

Projektrückschau 08.11.2011

## GLO-PART

### Junge Partizipation in der glo-kalen Politik

#### Projektleitende Einrichtung

Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft  
Univ.Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger  
sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

#### Beteiligte Schulen

BHAK Telfs, Tirol  
BG/BRG Dr.-Schauer-Straße Wels, Oberösterreich  
BG VIII, Piaristengymnasium, Wien

#### Wissenschaftliche Kooperationspartner

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Tirol  
Welser Institut für Sozialforschung und Sozialanalysen,  
Oberösterreich



## GLO-PART. Junge Partizipation in der glo-kalen Politik

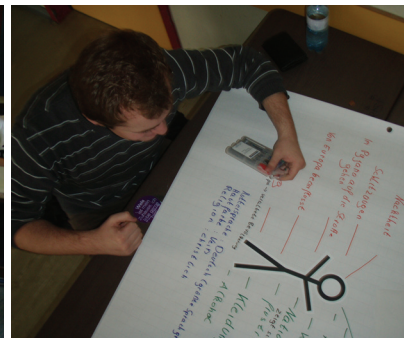
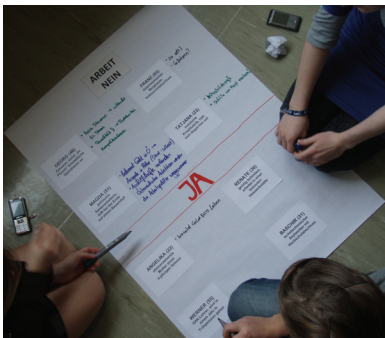
### Jugendliche Wahrnehmungen von und Einmischungen in europäisierte und globalisierte Politik

Das Forschungsprojekt GLO-PART erforschte im Zeitraum von September 2009 bis August 2011 jugendliche Perzeptionen, also Wahrnehmungen und Bewertungen, von Politik. Politik wurde dabei jedoch nicht wie meist institutionell, also in Bezug auf Parteien, Parlamente und Politiker/innen, untersucht, sondern substanziiell, also vor dem Hintergrund der durch sie getroffenen Entscheidungen betrachtet. In diesem Sinne beschäftigte sich das Projekt mit den Wahrnehmungen und Bewertungen einer Politik der Inklusion/Exklusion durch Jugendliche.

Im Projekt wird unter einer Politik der Inklusion/Exklusion in erster Linie die herrschaftliche und demokratisch legitimierte Vergabe von konkreten Rechten bzw. die Vergabe einer formalen Mitgliedschaft (wie Staatsbürgerschaft) in einer politischen Gemeinschaft verstanden. Gemeinsam mit Jugendlichen in- und außerhalb des Schulsystems gingen die Wissenschaftler/innen den Fragen nach: Wer sollte (politische, soziale, kulturelle etc.) Rechte besitzen? Wer sollte Mitglied der (lokalen, nationalen, supranationalen etc.) Gemeinschaft sein? Oder präziser formuliert: Unter welchen Bedingungen sollte es möglich sein, Rechte und Mitgliedschaft zu erwerben? Was sind die Kriterien für die Vergabe von Rechten und Mitgliedschaften?

Das Projekt geht von der Entwicklung aus, dass im Zuge von Europäisierung und Zuwanderung „Grenzen“ infrage gestellt, verteidigt, neu gedacht und gezogen werden. Um diesen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, wurde die europäische Ebene stark mitberücksichtigt. Daher ging es auch um die Fragen, wer Mitglied der Europäischen Union werden darf sowie welche Rechte EU-Bürger/innen gewährt werden sollen.

Das Projekt wurde in enger Kooperation mit drei Schulen in unterschiedlichen gesellschaftlichen und regionalen Kontexten durchgeführt; das methodische Prinzip lautete:



Schüler/innen beforchten Peers (16- bis 18-jährige Jugendliche) in Form von Gruppendiskussionen und einer selbst durchgeführten Umfrage in Zusammenarbeit mit und unter Anleitung von Wissenschaftler/innen. Insgesamt wurden in Telfs/Tirol, Wels/OÖ und Wien 376 Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren von ihren Peers mithilfe eines standardisierten Fragebogens interviewt. Zusätzlich wurden zwölf Gruppendiskussionen zum Thema „Wahlrechte“ durchgeführt.

Die Ergebnisse unseres Projekts zeigen, dass Jugendliche in- und außerhalb des Schulsystems sehr klare Vorstellungen über die Vergabe von Rechten und Mitgliedschaften haben. Gerade bei den Gruppendiskussionen hat sich gezeigt, dass Jugendliche ihre Vorstellungen über die Politik der Inklusion/Exklusion auch gut mit Argumenten untermauern und ihre Meinung auch verteidigen können.

Gleichzeitig gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. So wird zum Beispiel die Frage, wer wählen darf und wer nicht, von Jugendlichen sehr differenziert betrachtet. Das heißt, nicht alle setzen die gleichen Kriterien in gleichem Maße an und es gibt große Unterschiede in den Einstellungen nach Untergruppen. Unterschiede gibt es vor allem zwischen Jugendlichen mit verschiedenen Schulabschlüssen sowie zwischen Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund.

Die Projektergebnisse wurden von den Schüler/innen bei regionalen Veranstaltungen sowie bei einer großen Abschlussveranstaltung im Parlament präsentiert, bei der die direkt und indirekt am Projekt beteiligten Jugendlichen die Möglichkeit hatten, die Projektergebnisse mit Nationalratspräsidentin Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer sowie mit Abgeordneten der im Nationalrat vertretenen Parteien zu diskutieren.

„Es war echt viel Arbeit, aber am Ende hatten wir, glaube ich, alle das Gefühl, dass wir da ein tolles Projekt auf die Beine gestellt haben und dass es die Leute wirklich interessiert hat, was rausgekommen ist.“, so eine Projektschülerin aus Wels.

Für weitere Informationen über GLO-PART besuchen Sie bitte die Projektwebsite unter: <http://inex.univie.ac.at>





Sparkling Science >

Wissenschaft ruft Schule  
Schule ruft Wissenschaft

oeaD

BMWF<sup>a</sup>

Bundesministerium für Wissenschaft  
und Forschung